

Klimaschutzministerium legt Netzinfrasturukturplan vor

Wien (energate) - Das Klimaschutzministerium (BMK) hat den ersten Netzinfrasturukturplan (NIP) für Österreich vorgelegt. Dieser gibt den Weg zu einem klimaneutralen Energiesystem und der dafür notwendigen Infrastruktur in den Bereichen Strom und gasförmige Energieträger vor, teilte das BMK mit. Aus dem Plan könne abgeleitet werden, welche Energieinfrastruktur für die Umgestaltung des Energiesektors notwendig ist. Dies soll dafür sorgen, den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung bestmöglich mit der Netzentwicklung, Speichern und Flexibilitätsoptionen zu koordinieren. Der Entwurf des NIP wurde auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen ausgearbeitet und mit Plänen der heimischen Übertragungsnetzbetreiber und des Marktgebietsmanagers abgestimmt. Auch waren Akteure aus Energiewirtschaft, Umweltorganisationen, Sozialpartner sowie Politik und Verwaltung aus Bund und Ländern in die Erstellung des Entwurfs mit einbezogen, informierte das BMK. Der Plan enthält detaillierte Analysen zu Erzeugungspotenzialen erneuerbarer Energien, dem Energieverbrauch sowie Angaben darüber, welche Leitungen erforderlich sind. Um in Österreich das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, braucht es neben dem Ausbau im Bereich der Stromnetze auch den gezielten Umbau des fossilen Gasnetzes auf ein klimaneutrales Wasserstoffnetz, so das Resümee. Im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum NIP ist es nun bis zum 1. September allen Beteiligten möglich, Stellungnahme zum Entwurf abzugeben. E-Wirtschaft will Plan genau prüfen "Ein gesamthafter Plan sei ein unerlässlicher Schritt in Richtung

Energiezukunft", betonte Barbara Schmidt, Generalsekretärin von Oesterreichs Energie. Die Interessensvertretung forderte aber, dass jetzt sehr rasch konkrete Umsetzungsschritte und detaillierte Projekte für starke und leistungsfähigere Netze folgen. Zudem kündigte Schmidt eine genaue Analyse des Plans, vor allem im Hinblick auf den zusätzlich erforderlichen Speicher- und Flexibilitätsbedarf, an. Die Branchenvertretung der heimischen E-Wirtschaft schätzt den Investitionsaufwand im Bereich Netze, Speicher sowie Erzeugung auf mindestens 60 Mrd. Euro. Um für Investitionssicherheit zu sorgen, brauchen die Unternehmen aber die rechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz und das Elektrizitätswirtschaftsgesetz vorsehen, so Schmidt. APG: Netzprojekte beschleunigt umsetzen Der Übertragungsnetzbetreiber APG nannte den NIP einen "wichtigen ersten Schritt in die Energiezukunft". Er bestätigte den aktuellen Netzentwicklungsplan der APG bis 2032 und damit auch das öffentliche Interesse aller Investitionsprojekte. Wichtig sei aber, durch entsprechende Rahmenbedingungen identifizierte Netzprojekte beschleunigt umzusetzen, so der Übertragungsnetzbetreiber. Zur Erreichung der Klimaziele brauche es die Errichtung neuer Stromnetze. Dies wiederum bedeute einen enormen Investitionsbedarf und erfordere ein marktkonformes Finanzierungsmodell. Ein moderner Regulierungsrahmen müsse das erforderliche Kapital für den Netzbereich zudem anreizen. Landesregierungen in der Pflicht In einer ersten Reaktion gab der Erneuerbarenverband EEÖ seine Hoffnung zum Aus-

druck, dass der NIP mehr Dynamik in den drängenden Ausbau der Energieverwendungs-Infrastruktur bringen könne. Insbesondere der Vorschlag zur regionalen Aufteilung der Energieziele sei zu begrüßen. Wenn der Plan die in den Bundesländern vorhandenen Erzeugungspotenziale identifiziere und den zukünftigen Energiebedarf lokalisier, schaffe er damit die Basis für den erforderlichen Ausbau der Netzinfrasturuktur, sagte EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtl-Grundnig. Auch der Photovoltaikverband PV Austria begrüßte, dass mit dem NIP erstmals klare Ausbauziele für die Bundesländer vorhanden sind. "Spätestens jetzt muss bei den Landesregierungen klar angekommen sein, dass alles unternommen werden muss, um in die Gänge zu kommen", sagte Herbert Paierl, Vorstandsvorsitzender des Verbands. Neben einer Forcierung des Dachausbaus müssten auch Flächen für den Ausbau der PV voraussehend ausgewiesen werden, so Paierl. WWF fordert Veröffentlichung der Datengrundlage Für die Naturschutzorganisation WWF könne der NIP ein wichtiger Bestandteil einer naturverträglichen Energiewende werden. Noch fehle aber die vollständige Veröffentlichung der Datengrundlage, durch das Umweltbundesamt, zu den Potenzialen von Erneuerbaren und dem Übergangsszenario, betonte WWF-Klimasprecher Karl Schellmann. SPÖ-Energiesprecher Alois Schroll kritisierte, dass der NIP zu spät komme. Erst jetzt starte der Konsultationsprozess, obwohl im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz die Finalisierung des Gesamtkonzeptes bereits mit Ende Juni 2023 angegeben war. /af

Wörter: 581